

Parolen der extremen Rechten gegen Globalisierung und zu sozialen Themen – Hintergrund und Gegenargumente

Einleitung

Diese „Adhoc“-Unterrichtsempfehlung widmet sich rechtsextremen Parolen zu „sozialen Themen“. Sie widerlegt rechtsextreme Thesen und strukturiert und ermöglicht eine lebendige Diskussion in den Klassen. Der Hintergrundtext geht auf die verdeckten ideologischen und strategischen Grundlagen der rechtsextremen Argumentationen ein. Die Unterrichtsempfehlung ist von Jörg Zimmermann, Fachbereichsleiter Sozialkunde am OSZ – LoTIS in Berlin-Tempelhof, erarbeitet worden und in der Praxis erprobt. Für den Unterrichtsvorschlag sind ca. 90 Min. eingeplant und er ist für Schüler/innen ab der Klasse 11 und auch in der Erwachsenenbildung einsetzbar.

Inhalt

1. Hintergrundtext
2. Unterrichtsempfehlung
3. Links und Materialempfehlungen

1. Hintergrundtext

Parolen der extremen Rechten gegen Globalisierung und zu sozialen Themen – Hintergrund und Gegenargumente

Rechtsextreme Gruppen und Parteien wendeten sich in den vergangenen Jahren verstärkt sozialen Themen zu. Nach den rechtsextremen Strategen wird sich daran zukünftig nichts ändern. Der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, kündigte auf dem Bundesparteitag im Juni 2008 eine neue Kampagne „Sozial geht nur national“ an.

Die Themen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Globalisierung“ stehen dort in der politischen Agenda im Vordergrund, wo soziale Unsicherheiten und die Angst vor sozialem Abstieg bei den Menschen existieren. Die rechtsextreme Kritik an der Globalisierung und der Sozialpolitik knüpft mit einfachen Parolen an diese Unsicherheiten und Ängste an. Sie baut allerdings auf einem völkischen, rassistischen und nationalistischen Weltbild auf, das in manchen Fällen erst auf den zweiten Blick zu erkennen ist.

In einer Schulungsbroschüre für Kandidaten und Funktionsträger der NPD (2006) wird der Hintergrund für die rechtsextreme Globalisierungs- und Kapitalismuskritik dargestellt:

„Mit ihrem Angriff auf das Territorialprinzip, Souveränitätsprinzip und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten zerstört die Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer supranationaler Machtstrukturen“¹.

Diese Globalisierung schaffe „einen konsumistischen abgerichteten Welteinheitsmenschen“². Sie wird damit zur Bedrohung für das sogenannte völkische und nationalistische Gesellschaftsmodell des Rechtsextremismus. Mit ihren Parolen wie „Arbeitsplätze statt Globalisierung“ versuchen rechtsextreme Agitatoren an die Ohnmachtsgefühle und Ängste gegenüber den internationalen Entwicklungen und Verflechtungen in der Bevölkerung anzuknüpfen.

Rechtsextreme sehen in der Globalisierung weiter „das Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes“³. Sie benennen auch vermeintliche Verantwortliche, „dieses („Große Geld“, Anm. d. Verfassers.) hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch nomadisch und ortlos, seinen politisch und militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA“⁴. Zu solcherart offenem Antisemitismus gesellen Rechtsextremisten das gesellschaftliche Konzept von der „Volksgemeinschaft“: „Soziale Gerechtigkeit kann es nur in einer Volksgemeinschaft geben, nicht aber in einer seelenlosen globalisierten Klassengesellschaft, wo sich jeder selbst der Nächste ist.“⁵ Andere demokratische Alternativen, wie Forderungen nach weltweiter sozialer Gerechtigkeit durch soziale Mindeststandards oder einem fairen Welthandel kommen in rechtsextremer Programmatik nicht vor.

Wirtschaftspolitisch formuliert die NPD-Vorstellungen einer „raumorientierten Wirtschaftsordnung“ und protektionistischen Maßnahmen wie Schutzzölle für Importe aus anderen Ländern. Es soll auch wieder eine nationale Währung statt des Euros geben. Welche Folgen dies für die stark exportorientierte Wirtschaft, damit auch für Arbeitsplätze, in der Bundesrepublik hätte, sagen die rechtsextremen Autoren nicht.

Aufgrund des deutlich erkennbaren völkischen, rassistischen und nationalistischen Hintergrundes ist die Kapitalismuskritik rechtsextremer Gruppen und Parteien nicht mit der demokratischer Parteien und Organisationen vergleichbar. Rechtsextreme unterscheiden in sogenannt „schaffendes“ und „raffendes“ Kapital. Angelehnt an die nationalsozialistische Kapitalismuskritik richten sie sich ausschließlich gegen die Sphäre des Handels- und Finanzkapitals. Dieses gilt ihnen als „böse“ und „raffend“ und wird antisemitisch mit „dem Judentum“ identifiziert (s.o. „Ostküste“⁶). Das in ihren Worten „schaffende“ oder auch produzierende Kapital ist von ihrer Kritik ausgenommen. Aufgrund dessen ist es auch nicht verwunderlich, dass im aktuellen Programm der NPD von 2004 ein Bekenntnis zur unternehmerischen Freiheit formuliert wird: „Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“⁷.

1 Argumente für Kandidaten und Funktionsträger; NPD (Hg.), Broschüre, Juni 2006, S. 19

2 Ebd., S. 19

3 Ebd., S. 16

4 Ebd., S.19

5 Freie Nationalisten, Aktionsbüro Rhein Neckar

6 Mehr zu diesen Synonym und Begriff unter <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/npd1.htm>

7 Parteiprogramm der NPD, Punkt 4, 2004

So bekommt der von Rechtsextremen häufig verwendete Begriff des „nationalen Sozialismus“ eine ganz andere Bedeutung als der des „demokratischen Sozialismus“, wie er z.B. in der Linken oder in der katholischen Soziallehre verwendet wird: „Der Sozialismus“ in der NS-Ideologie basierte auf einer autoritär ausgerichteten Harmonisierung und Versöhnung der sozialen Gegensätze und der von Rechtsextremisten propagierte „Nationale Sozialismus“ ist ein Synonym für eine rassistische, hierarchische Volksgemeinschaft, die sich am Führerprinzip orientiert“⁸.

Ein ähnliches Vorgehen wie bei dem Thema Globalisierung ist auch bei sozialen Themen zu beobachten. Deutlich wird dies bei der Agitation der NPD gegen die Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Einführung von ALG II (Hartz IV) 2004: „Hartz IV ist nur mit einem Wort zu umschreiben: asozial. Während das einfache Volk verarmt, kassieren die Großverdiener immer mehr (...). Hartz IV ist keine Arbeitsmarktreform, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk.“⁹ Im Wahlkampf 2004 in Sachsen, bei dem die NPD mit 9,2% in den Landtag einziehen konnte, stand dieses Thema im Mittelpunkt des rechtsextremen Wahlkampfes.

Zu bemerken ist hier nicht nur, dass die Rechtsextremen sich inhaltlich - vordergründig - an der Kritik demokratischer Parteien und der Montagsdemonstranten gegen die „Agenda 2010“ orientieren. Hervorzuheben ist hier auch die häufige Verwendung des Begriffes „Volk“.

Im Kern geht es den Rechtsextremen nicht um einzelne sozialpolitische Themen, wie die Einführung des ALG II oder die Erhöhung des Rentenalters. Diese Gesetze sind innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik zu ändern. Eine Diskussion über die Höhe des Regelsatzes für ALG II Empfänger/innen und die Übernahme der Mietkosten ist Teil der aktuellen sozialpolitischen Diskussion.

Die Frage ist aber, für wen sollen die Sozialsysteme da sein. In der bereits erwähnten Schulungsbroschüre heißt es:

„Die Masseneinwanderung zerstört die wirtschaftlichen wie ideellen Voraussetzungen des deutschen Sozialstaates, der ohne die strikte Begrenzung der Teilnahmeberechtigten und ohne nationale Solidaritätsempfindungen nicht existenzfähig ist. Die Deutschen müssen sich zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat entscheiden – einen Mittelweg gibt es nicht.“¹⁰ Das Programm der NPD an dieser Stelle noch konkreter: „Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungssystem auszuliedern“¹¹.

Wer aber ist für die Rechtsextremen ein Ausländer, der nicht mehr berechtigt sein soll, Leistungen aus den Sozialsystemen zu beziehen? Selbst Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, fallen darunter:

„In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. (...) Ein Afrikaner, Asiat oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert“.¹²

Das sind mind. ein Sechstel der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik. Die NPD fordert aufgrund ihrer rassistischen und biologistischen Position ein Staatsbürgerschaftsrecht, das sich über die Staatsangehörigkeit der Eltern (Blutrecht) und nicht über den Ort der Geburt (Bodenrecht) definiert, wie es noch bis 1999 in der Bundesrepublik gültig war. Sie lehnt das Modell einer „Bekenntnis-“ oder „Staatsnation“ ab und fordert stattdessen eine „Abstammungs- und Kulturnation“.^{13 14}

Die Idee der Volksgemeinschaft basiert auf Ausgrenzung, motiviert durch biologistischen Rassenhass und Nationalismus. Ein Blick auf die größten Opfergruppen rechtsextremer Gewalt zeigt, wer nicht dazu gehören soll: Personen mit Migrationshintergrund; Andersdenkende, insbesondere alternative und linke Jugendliche; Behinderte; Homosexuelle; Obdachlose. Der DGB argumentiert in einer aktuell erschienen Broschüre: „Wer heute von Volksgemeinschaft redet, will den Nationalsozialismus wiederbeleben. Und negiert, dass unsere Gesellschaft aus verschiedenen Individuen und Gruppen besteht. Dazu gehört auch, dass Gruppen mit unterschiedlichem sozialen Status ihre Interessen in der Gesellschaft vertreten können.“¹⁵

8 Prof. Dr. Gudrun Hentges; Soziale Frage und Globalisierung; Vortrag am 13. Dezember 2007: http://www.osz-gegen-rechts.de/uploads/media/Argumente_gegen_rechte_Parolen_Gudrun_Hentges_01.pdf
9 Argumente für Kandidaten und Funktionsträger; NPD (Hg.), Broschüre, Juni 2006, S. 25
10 Ebd., S.16
11 Parteiprogramm der NPD, Punkt , 2004
12 Argumente für Kandidaten und Funktionsträger; NPD (Hg.), Broschüre, Juni 2006, S. 12
13 Argumente für Kandidaten und Funktionsträger; NPD (Hg.), Broschüre, Juni 2006, S. 9
14 Zum Thema Kulturnation vs. Staatsnation: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/npd1.htm>.
15 Trittbrettfahrer der sozialen Frage, DGB Bundesvorstand (Hg.), Broschüre, 2008, S. 13

Diese Darstellung des ideologischen Gebäudes von Rechtsextremen ist notwendig, um gegen die sozialpolitischen Vorstellungen von Rechtsextremen wirkungsvoll argumentieren zu können. Denn nach den Vorstellungen der NPD soll nur ein Teil der Menschen in der Bundesrepublik berechtigt sein, Sozialleistungen zu beziehen. Und der Ausschluss geht selbst auch noch innerhalb der von der NPD erstrebten „Volksgemeinschaft“ weiter. Im Programm der sächsischen NPD heißt es: „Die soziale Fürsorge muss so angelegt sein, dass niemand, der etwas geleistet hat, unterhalb des Existenzminimums leben muss“.¹⁶ Was mit denen passieren soll, die (noch) nichts „geleistet“ haben oder die aufgrund von Krankheit oder Behinderung nichts „leisten“ können, wird hier nicht gesagt. Im Nationalsozialismus wurden sie in Arbeitslager gesperrt bzw. im Rahmen des Euthanasieprogramms „Aktion T4“ ermordet.¹⁷

Eine demokratische Argumentation gegen rechtsextreme Parolen zu sozialen Themen berücksichtigt die Gleichwertigkeit der Menschen in der Bundesrepublik und deren gleiche Rechte wie auch Pflichten, die Sozialsysteme zu finanzieren und Leistungen aus ihnen zu beziehen. Wer eine Schiefelage in der Verteilung des Reichtums in der Bundesrepublik sieht und Kritik an der Sozialpolitik hat, kann durch sein Engagement in demokratischen Organisationen wie Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Parteien versuchen, darauf Einfluss zu nehmen..

16 NPD Sachsen, Unser Programm für Sachsen, Internetseite, 20.12.2006

17 Vgl. bspw. <http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/euthanasie/index.html> und <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/npd1.htm>

2. Unterrichtsempfehlung

„Weg mit Hartz IV – soziale Sicherung zuerst für uns Deutsche!“

Welche Argumente können wir dem entgegensetzen?

Bitte bearbeiten Sie die folgenden Aufgaben.

Wen betrachtet die NPD (a) als Nutznießer und (b) als Opfer von Hartz IV? Welche Fakten sprechen für oder gegen diese Sichtweise? (M1 und M2) Welche Gegenmaßnahmen empfiehlt die NPD? (M1)

1. Stellen Sie – in Stichworten - die Kritikpunkte zusammen, die in den Thesen „Was steckt dahinter?“ (M3) an den NPD-Vorschlägen gemacht werden.
2. Überlegen Sie gemeinsam, welches Menschenbild hinter den Forderungen der NPD steckt.
3. Sammeln Sie – möglichst viele – Argumente, die Sie einem rechtsradikal eingestellten Arbeitskollegen oder Mitschüler entgegenhalten könnten.

M1

Die NPD zu Hartz IV und Agenda 2010

»Zum 1. Januar 2005 findet der größte soziale Raubbau unserer Nachkriegsgeschichte statt. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II werden Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern gemacht und systematisch in die Armut getrieben.(...) Während die Masse der Deutschen den Gürtel immer enger schnallen muss und die Bedürftigsten unseres Volkes immer mehr verelenden, betreiben die Machthaber eine Politik für Ausländer, Großverdiener und Randgruppen. Wir brauchen deshalb endlich wieder eine Politik, die die Interessen des deutschen Volkes in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellt. (...) Wir fordern die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat. Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche.«

NPD Thüringen 2004; www.landtagswahl-thueringen.de/inmdex.php?ID=18&seite=aktuelles; 22.9.2005

(Aus: R. Gloel & K. Gützlaff: *Gegen Rechts argumentieren lernen*. Hamburg, 2005, S. 65)

M2

HARTZ IV: WANN UND WIE VIEL WIRD GEZAHLT?

Das seit dem 1. Januar 2005 geltende Hartz-IV-Gesetz umfasst Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II (ALG II), das anders als das Arbeitslosengeld I keine Versicherungsleistung, sondern eine aus Steuermitteln finanzierte Fürsorgeleistung ist. Die Höhe orientiert sich am Bedarf der Empfänger/in und nicht am letzten Nettolohn. ALG II erhalten erwerbsfähige, Arbeit suchende Personen. Nicht erwerbsfähige Menschen erhalten Sozialgeld. Für Kinder in ihrer „Bedarfsgemeinschaft“ bekommen die Erziehungsberechtigten Sozialgeld, Sozialhilfe oder – bei geringem Verdienst – einen Kinderzuschlag. Das Kindergeld wird angerechnet, also vom Regelsatz abgezogen. Alleinstehende erhalten 100 Prozent des Regelsatzes (351 Euro), volljährige Partner 90 Prozent (316 Euro). Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres bekommen 60 Prozent (211 Euro), Kinder zwischen 15 und 25 Jahren 80 Prozent (281 Euro). Und es werden bis zu einer bestimmten Wohnungsgröße Miete und Heizkosten bezahlt.

(Brigitte, 10.11.08)

M3 Was steckt dahinter?

Thesen zur rechtsradikalen Kritik an Hartz IV.



1. Die Rechtsradikalen kritisieren nicht jede Verarmung und soziale Notlage von allen Menschen in Deutschland. Lediglich bei den Bedürftigsten „unseres Volkes“ und für die „Masse der Deutschen“ stellt die Armut für die NPD einen Skandal dar.

Für Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund (d.h. mit deutschem Personalausweis) geht die soziale Verelendung offensichtlich in Ordnung. Sie sollen – beschäftigt oder nicht beschäftigt – „zurückgeführt“ werden. Das soll wohl heißen, dass sie in eine Lage versetzt werden sollen, die in sozialer Hinsicht noch elender ist als ihre derzeitige hier. Die Verarmung an und für sich wird von der NPD nicht kritisiert, sie soll nur „Andere“ treffen.

2. Die Rechtsradikalen betrachten soziale Missstände immer nur mit der deutsch-nationalen Brille. Der Arbeitsmarkt sollte aus ihrer Sicht eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme allein für Deutsche sein.

Die Realität sieht aber anders aus. Jeder Ausländer, der Deutschland verlässt, fehlt der Wirtschaft auch als Konsument und dem Staat als Steuerzahler. Dadurch sinkt die Nachfrage und Arbeitsplätze können verloren gehen. Andererseits ist nicht jeder Arbeitsplatz eines Migranten problemlos von einem Deutschen zu besetzen. Qualifikation, Bezahlung und Arbeitsbedingungen müssen auch stimmen. Kurz, der Arbeitsmarkt funktioniert nicht so einfach, dass man auf der einen Seite ein paar Ausländer „rausnimmt“ und dafür ein paar Deutsche „reinsteckt“. Außerdem hat jeder Mensch – unabhängig von seiner (ethnischen) Herkunft – einen Anspruch auf soziale Absicherung. Dies ist sogar unabhängig davon ob er Steuern zahlt oder nicht. Es liegt allein an der Tatsache, dass er oder sie ein Mensch ist.

Das Arbeitsplatzangebot regelt sich nicht nach den Bedürfnissen der deutschen (oder ausländischen) Lohnabhängigen nach einem Arbeitsplatz. Es gibt auch kein Exklusiv-Recht von Deutschen auf einen Arbeitsplatz. Die Entscheidung über neue Einstellungen oder Entlassungen von Arbeitnehmern treffen – deutsche wie ausländische – Unternehmer je nach ihren jeweiligen Geschäftsaussichten.

3. Die objektiv gleiche Betroffenheit deutscher und ausländischer Lohnabhängiger und Arbeitsloser von der Verarmung in Deutschland bedeutet, dass sie gemeinsame Interessen an einer gerechteren Sozialpolitik haben. Dies spricht für eine Arbeits- und Sozialpolitik, die allen Betroffenen hilft. Und es spricht dafür, dass Arme, Obdachlose und Arbeitslose – über alle Unterschiede ihrer Herkunft, ihrer Ausbildung, ihres Geschlechts etc. hinweg – sich gemeinsam für ihre Interessen und eine gerechte Lösung einsetzen.

Die NPD dagegen – ganz besessen von ihrer nationalistischen Logik – behauptet das entscheidende Merkmal von Menschen sei ihre Nationalität. Sie setzt daher auf Ausgrenzung und fragwürdige „Interessen des deutschen Volkes“.

(Verändert nach: R. Gloel & K. Gützlaff: Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg, 2005, S. 67-69)



3. Links und Materialien

Eine guten Einstieg und Argumentationshilfen finden Sie in der neu erschienenen Broschüre des DGB „Trittbrettfahrer der sozialen Frage“ (2008):

http://www.osz-gegen-rechts.de/uploads/media/broschuere_trittbrettfahrer.pdf .

Das im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung entstandene Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus - Handeln für Demokratie“ vermittelt Wissen und erprobte Methoden für die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in Schulen und Kommunen, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung. Auszüge finden sie unter: Als Einblick sind vier Kapitel zum Download zur Verfügung gestellt: www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/lernbuch.htm

Weitergehende pädagogische Tipps und argumentative Hilfen zum Themenbereich Rechtsextremismus, soziale Themen und Globalisierung finden sie auf den Seiten der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Brandenburg unter

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/index.htm> und auf www.osz-gegen-rechts.de .